

Europäisches Arbeitsrecht

Schubert / Brameshuber / Friedrich

7. Auflage 2026
ISBN 978-3-406-84477-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Lehrbücher zum europäischen Arbeitsrecht	XXIX
Abgekürzt zitierte Literatur	XXXI
Erstes Kapitel. Entwicklung, Funktion und Wirkung des europäischen Arbeitsrechts	1
A. Entwicklung des europäischen Arbeitsrechts – historische Skizze und Rechtssetzungskompetenzen	1
I. Zur historischen Entwicklung des europäischen Arbeitsrechts	1
1. Ausgangspunkt	1
2. Von der Einheitlichen Europäischen Akte zum Vertrag von Amsterdam	5
3. Vertrag von Lissabon und Charta der Grundrechte der Europäischen Union	7
4. Europäische Säule sozialer Rechte	11
5. Zusammenfassung und Ausblick	13
II. Rechtsetzungskompetenz	15
B. Freizügigkeit der Arbeitnehmer – europäisches Arbeitsrecht als Teil des Binnenmarktes	22
C. Europäisches Arbeitsrecht als Begrenzung der Auswirkungen des Binnenmarktes auf das Arbeitsrecht der Mitgliedstaaten	25
I. Harmonisierung nationaler Arbeitsrechte als Wettbewerbsproblem ..	25
II. Schutz gegen Sozialdumping	26
III. Sog. Laval-Quartett und seine Folgen	27
IV. Auswirkungen der Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit	30
V. Zwischenfazit	32
D. Europäisches Arbeitsrecht als Teil der Ausgestaltung einer sozialen Marktwirtschaft	33
I. Soziale Marktwirtschaft und europäisches Sozialmodell	33
II. Kollektive Akteure in der EU – Arbeitnehmerbeteiligung in Betrieb und Unternehmen	37

1. Sozialer Dialog	37
2. Arbeitnehmerbeteiligung in Betrieb und Unternehmen	40
III. Soziale Grundrechte in der EU	42
1. Grundrechte im Unionsrecht und ihr Verhältnis zur EMRK	42
2. Rang der GRC	47
3. Anwendungsbereich der GRC	48
4. Arbeitsrechtlich relevante Grundrechte und Grundsätze	51
5. Verhältnis zwischen sozialen Grundrechten und Freiheitsrechten ..	59
6. Verhältnis zwischen sozialen Grundrechten und Sekundärrecht ...	60
7. Unmittelbare oder mittelbare Drittwirkung der Grundrechte	64
IV. Europäische Säule sozialer Rechte	69
1. Entwicklung des europäischen Arbeitsrechts seit der Proklamation der Europäischen Säule sozialer Rechte	69
2. Unverbindlichkeit und Erkenntnisquelle	72
3. Auswirkungen auf die sozialen Grundrechte	74
E. Europäisches Arbeitsrecht und seine Überschneidungen mit anderen Politikbereichen der EU	76
I. Europäische Währungsunion und ihre Auswirkungen auf das europäische Arbeitsrecht	76
II. Datenschutz und Regulierung von KI	81
III. Private Enforcement – Whistleblowing	88
IV. Green Deal und Schutz von Arbeitnehmerrechten	94
F. Auslegung des europäischen Arbeitsrechts und seine Wirkung auf das nationale Arbeitsrecht	98
I. Auslegung des europäischen Arbeitsrechts	98
II. Unmittelbare und mittelbare Wirkung des Unionsrechts	101
III. Judikative Rechtsangleichung	104
1. Pflichten der Gerichte bei der Richtlinienumsetzung	104
2. Verstöße gegen Unionsgrundrechte	106
3. Staatshaftung	107
Zweites Kapitel. Recht der Freizügigkeit der Arbeitnehmer	109
A. Europäischer Arbeitsmarkt in Zahlen und Fakten	109
B. Struktur der Bestimmungen über die Freizügigkeit	111
I. Primäres Unionsrecht	112
1. Freizügigkeit für ökonomisch Aktive	112
2. Diskriminierungsverbot mit direkter Wirkung	113
3. Erfordernis der Grenzüberschreitung	114
4. Nexus Arbeitnehmerfreizügigkeit – Sozialrechtskoordinierung	116
II. Sekundäres Unionsrecht	116
C. Persönlicher Geltungsbereich der Vorschriften über die Arbeitnehmerfreizügigkeit	117
I. Begriff des Arbeitnehmers	117

1. Autonomer, unionsrechtlicher Arbeitnehmerbegriff	117
2. Objektive Kriterien: Weisungsgebundene Erbringung einer wirtschaftlichen Leistung für einen anderen während einer bestimmten Zeit gegen Vergütung	118
3. Berufung auf Art. 45 AEUV auch durch den Arbeitgeber	124
II. Relevanz der Staatsangehörigkeit	125
1. Übergangsvorschriften	126
2. Assoziationsabkommen	126
3. Unionsrechtliche Regelungen für Drittstaatsangehörige	130
III. Ausschluss der öffentlichen Verwaltung	133
D. Räumlicher Anwendungsbereich	135
E. Recht der Ein- und Ausreise und des Aufenthalts	138
I. Rechte der Arbeitnehmer	138
1. Ein- und Ausreisefreiheit (Art. 4 und 5 RL 2004/38/EG)	139
2. Aufenthaltsrecht (Art. 6 ff. RL 2004/38/EG)	139
II. Rechte der Familienangehörigen	143
1. Ein- und Ausreisefreiheit (Art. 4 und 5 RL 2004/38/EG)	144
2. Aufenthaltsrecht (Art. 6 ff. RL 2004/38/EG)	144
3. Unterricht und Berufsausbildung für Kinder (Art. 10 VO [EU] Nr. 492/2011)	147
F. Verbot der Ausländerdiskriminierung und Beschränkungsverbot	150
I. Verbot der unmittelbaren Diskriminierung	152
II. Verbot der mittelbaren Diskriminierung	153
III. Beschränkungsverbot	163
IV. Erfasste arbeits- und sozialrechtliche Sachverhalte, inklusive steuerlicher Vergünstigungen	171
1. Beschäftigung und Arbeitsbedingungen im weiteren Sinne	172
2. Soziale Vergünstigungen	175
3. Steuerliche Vergünstigungen	183
G. (Begünstigtes) Recht auf Daueraufenthalt	186
I. Begünstigtes Daueraufenthaltsrecht des (Ex-)Arbeitnehmers	187
II. Begünstigtes Daueraufenthaltsrecht der Familienangehörigen	188
H. Ungehinderter Zugang zu Arbeitsplätzen	189
I. Sicherung der Arbeitsvertragsfreiheit	191
II. Diskriminierungsfreie Qualifikationsanforderungen	192
1. Sprachkenntnisse	193
2. Anerkennung von Berufsqualifikationen, insbesondere nach der RL 2005/36/EG	194
III. Recht der Familienangehörigen auf berufliche Tätigkeit	201
IV. Arbeitssuche	202
1. Recht der Ein- und Ausreise und des Aufenthalts	203
2. Europäisierung der Arbeitsvermittlung	204
3. Abschaffung staatlicher Vermittlungsmonopole	206
4. Arbeitslosenunterstützung	206
I. Beschränkung des Freizügigkeitsrechts aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	208

I. Materielles Recht	209
1. Öffentliche Ordnung und Sicherheit	209
a) Konkretisierung: Enge Auslegung	210
b) Bedeutung des persönlichen Verhaltens des Betroffenen	213
2. Öffentliche Gesundheit	215
II. Verfahrensrecht	217
J. Maßnahmen zur Durchsetzung	218
K. Exkurs: Bedeutung des Arbeitnehmerbegriffs des Freizügigkeitsrechts für die sonstigen Regelungsbereiche des europäischen Arbeitsrechts	219
Drittes Kapitel. Antidiskriminierung	225
A. Struktur und Bedeutung	225
I. Primäres Unionsrecht	226
II. Sekundäres Unionsrecht	227
III. Grundlegende Gemeinsamkeiten und Unterschiede	229
1. Sachlicher Anwendungsbereich	229
2. Persönlicher Anwendungsbereich	233
3. Diskriminierungskategorisierungen bzw. Diskriminierungsgründe	236
4. Wesentliche und entscheidende berufliche Anforderung als Ausnahme vom Gleichbehandlungsgrundsatz	238
5. Rechtsbehelfe und Rechtsdurchsetzung	241
a) Verhältnismäßige, wirksame und abschreckende Sanktionen, insbesondere Schadenersatz	243
b) Besondere Beweislastregeln	248
c) Viktimisierung – Benachteiligungsverbot	251
d) Sozialer Dialog	252
e) Positive Maßnahmen	253
B. Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Geschlechter in Arbeits- und Beschäftigungsfragen	261
I. Überblick	261
II. Gleiches Entgelt für Männer und Frauen	263
1. Unmittelbar horizontal wirkender Art. 157 Abs. 1 AEUV	263
2. Anwendungsbereich des Art. 157 AEUV	265
a) Arbeitsverhältnis	265
b) Durch die Horizontalwirkung vorgegebene große Reichweite des Gleichbehandlungsgrundsatzes	265
3. Entgeltbegriff	267
4. Gleiche oder gleichwertige Arbeit	276
5. Diskriminierungsverbot	279
a) Unmittelbare Diskriminierung	280
b) Mittelbare Diskriminierung	282
6. Rechtsfolgen des Verstoßes gegen das Entgeltgleichbehandlungsgebot	296
III. Gleichbehandlung hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung einschließlich des beruflichen Aufstiegs	298

1. Unmittelbare Diskriminierungen beim Zugang zur Beschäftigung	299
2. Mittelbare Diskriminierungen beim Zugang zur Beschäftigung	301
3. Ausnahmen vom Gleichbehandlungsgrundsatz	304
a) Geschlechtsbezogenes Merkmal als wesentliche und entscheidende berufliche Anforderung	305
b) Nationale Vorschriften zum Schutz der Frau insbesondere bei Schwangerschaft und Mutterschaft	309
IV. Gleichbehandlung hinsichtlich sonstiger Arbeitsbedingungen	315
1. Diskriminierungen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen	316
a) Mutterschaftsurlaub – Diskriminierung von Männern	318
b) Mutterschaftsurlaub vs. Elternurlaub	318
c) Rückkehranspruch und gleiche bzw. verbesserte Arbeitsbedingungen	320
d) Nachtarbeitsverbote für Frauen	322
2. Diskriminierungen hinsichtlich der Entlassungsbedingungen	323
V. Spezifische Maßnahmen zur materiellen Gleichstellung	329
1. Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (RL [EU] 2019/1158)	331
2. Entgelttransparenz und effektive Rechtsdurchsetzung (RL [EU] 2023/970)	337
C. Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (RL 2000/78/EG)	342
I. Überblick	342
II. Sachlicher Anwendungsbereich	344
III. Diskriminierungsgründe	346
1. Diskriminierung wegen einer Behinderung	346
a) Begriff der „Behinderung“	346
b) Diskriminierung wegen Assoziation	350
c) Angemessene Vorkehrungen und positive Maßnahmen	350
2. Diskriminierung wegen des Alters	353
a) Dogmatisch-systematische Besonderheiten	353
b) Schutzbereich und Rechtfertigungsgründe	354
c) Altersgrenzen	357
d) Dienstalster und Vordienstzeiten	361
e) Stellenausschreibungen, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen	365
f) Betriebliche Systeme der sozialen Sicherheit	369
3. Diskriminierung wegen der Religion oder Weltanschauung	370
a) Allgemeines	370
b) Schutzbereich und Sonderbestimmungen für Kirchen und andere Organisationen, deren Ethos auf religiösen Grundsätzen oder Weltanschauungen beruht	371
c) Freiwillige Vorteile vs. keine staatliche Verpflichtung zur Gewährung von Vorteilen	375
d) Bekleidungs Vorschriften	377
4. Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung	381

D. Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (RL 2000/43/EG)	384
I. Überblick	384
II. Sachlicher Anwendungsbereich	387
Viertes Kapitel. Individualarbeitsrecht	389
A. Abschluss und Inhalt des Arbeitsvertrags	389
I. Überblick	389
II. Transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen (RL [EU] 2019/1152)	391
1. Überblick	391
2. Von der Richtlinie erfasste Arbeitsverhältnisse	392
3. Unterrichtsverpflichtung des Arbeitgebers über die wesentlichen Aspekte des Arbeitsverhältnisses sowie über Änderungen der Arbeitsbedingungen	395
4. Rechtswirkungen des schriftlichen Nachweises der Arbeitsbedingungen	396
5. Mindestanforderungen an die Arbeitsbedingungen	398
6. Rechtsschutz	402
III. Rahmenbedingungen für angemessene Mindestlöhne (RL [EU] 2022/2041)	403
1. Überblick	403
2. Persönlicher Geltungsbereich	405
3. Angemessene Löhne durch Tarifverhandlungen	406
4. Prozeduraler Rahmen für gesetzliche Mindestlohnregime	408
5. Durchsetzungsmechanismen, Rechtsschutz und Sanktionen	410
IV. Prekäre bzw. atypische Beschäftigungsverhältnisse	411
1. Teilzeitarbeit (RL 97/81/EG)	412
a) Allgemeines	412
b) Anwendungsbereich	413
c) Grundsatz der Gleichbehandlung	415
d) Überprüfung der Beschränkungen	420
e) Günstigere nationale Regelungen	421
2. Befristete Arbeitsverträge (RL 1999/70/EG)	422
a) Allgemeines	422
b) Anwendungsbereich	422
c) Grundsatz der Gleichbehandlung	424
d) Verhinderung von Kettenbefristungen	426
e) Informations- und Konsultationspflichten	428
f) Günstigere nationale Regelungen	429
3. Schutz der Leiharbeitnehmer (RL 2008/104/EG)	429
a) Allgemeines und Historie	429
b) Anwendungsbereich und damit zusammenhängende Begriffsbestimmungen	431
c) Überprüfung von Beschränkungen und Verboten	436
d) Grundsatz der Gleichbehandlung	438

e) Zugang zu Beschäftigung, Gemeinschaftseinrichtungen und beruflicher Aufstieg	444
f) Betriebsverfassungsrechtliche Regelungen	446
g) Sanktionen	446
4. Plattformarbeit (RL [EU] 2024/2831)	446
a) Überblick	446
b) Geltungsbereich	449
c) Beschäftigungsstatus	450
d) Algorithmisches Management	453
e) Transparenz, Rechtsbehelfe und Rechtsdurchsetzung	456
B. Arbeitsschutzrecht	457
I. Primärrechtliche Verankerung des Arbeitsschutzes	457
II. Systematik des sekundärrechtlichen Arbeitsschutzes	462
III. Technischer Arbeitsschutz	463
IV. Sozialer Arbeitsschutz	470
1. Arbeitszeit und Urlaub (RL 2003/88/EG sowie Art. 31 Abs. 2 GRC)	471
a) Allgemeines	471
b) Überblick sachlicher Anwendungsbereich sowie Kernregelungsanliegen der RL 2003/88/EG	473
c) Persönlicher Anwendungsbereich	475
d) Arbeitszeit – zentrale Fragen	476
e) Urlaub	489
2. RL 92/85/EWG über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz	507
a) Überblick	507
b) Mutterschaftsurlaub	509
c) Beendigungsschutz	509
d) Sonstiger Schutz, insbesondere im Hinblick auf mit dem Arbeitsvertrag verbundene Rechte	512
3. Schutzmaßnahmen für Schwangere und sich im Mutterschaftsurlaub befindende Frauen nach der RL 2006/54/EG	517
4. Schutzmaßnahmen für Schwangere nach der RL 2010/41/EU bei selbständiger Erwerbstätigkeit	518
5. RL 94/33/EG über den Jugendarbeitsschutz	518
C. Arbeitnehmerschutz bei Insolvenz des Arbeitgebers, Massenentlassung und Betriebsübergang	519
I. Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers	519
1. Zur historischen Entwicklung	519
2. Anwendungsbereich der Insolvenzrichtlinie (RL 2008/94/EG)	520
a) Erfasste Arbeitsverträge und Arbeitnehmer	520
b) Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers	522
c) Gesicherte Arbeitnehmeransprüche	523
3. Errichtung einer Garantieeinrichtung	525
4. Schutzzumfang der Garantieeinrichtung	526

a) Zeitliche Beschränkung des Schutzes	526
b) Beschränkungen der Höhe der Ansprüche	529
c) Schutz von Ansprüchen der sozialen Sicherheit bei Insolvenz	530
5. Vorschriften für grenzüberschreitende Fälle	533
6. Rechtsfolgen der fehlerhaften Umsetzung der Insolvenzrichtlinie ..	535
II. Schutz bei Massenentlassungen (RL 98/59/EG)	537
1. Zur historischen Entwicklung und zum Ziel der Richtlinie	537
2. Begriff „Massenentlassungen“	538
a) Schwellenwerte und Ausnahmen vom Anwendungsbereich ...	538
b) Arbeitnehmerbegriff und Arbeitgeberbegriff	540
c) Begriff der Entlassung	541
d) Betriebsbegriff	543
3. Informations- und Konsultationspflicht	546
4. Anzeigeverfahren	546
5. Sanktionen	548
III. Übergang von Unternehmen und Betrieben (RL 2001/23/EG)	551
1. Zur historischen Entwicklung	551
2. Persönlicher Anwendungsbereich der Betriebsübergangsrichtlinie	552
3. Sachlicher Anwendungsbereich	554
a) Unternehmensbegriff und Betriebs(teil)begriff	554
b) Anwendbarkeit der Richtlinie auf den öffentlichen Dienst ...	556
4. Identitätswahrender Übergang einer wirtschaftlichen Einheit	557
a) Fortführung einer wirtschaftlichen Einheit –	
Gesamtwürdigung	557
b) Abgrenzung zur Funktions- oder Auftragsnachfolge – bloße	
Fortführung einer Tätigkeit	561
5. Übergang auf einen anderen Inhaber durch Rechtsgeschäft oder	
Verschmelzung	567
6. Betriebsübergang in der Insolvenz und bei Stabilisierungs- und	
Restrukturierungsmaßnahmen	571
7. Individualarbeitsrechtliche Rechtsfolgen des	
Betriebs(teil)übergangs	573
a) Übergang der Arbeitsverträge und -verhältnisse ex lege	573
b) Verbot der Kündigung wegen des Betriebs(teil)übergangs	577
c) Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers gegen den	
Betriebs(teil)übergang	580
d) Verzichtbarkeit der Rechte	582
e) Übergang kollektivrechtlicher Rechte und Pflichten	583
f) Schutz der betrieblichen und überbetrieblichen	
Altersversorgung	591
8. Kollektivarbeitsrechtliche Rechtsfolgen des Betriebs(teil)übergangs	593
Fünftes Kapitel. Kollektives Arbeitsrecht	597
A. Überblick	597
B. Koalitionsrecht und sozialpartnerschaftliche Gestaltung der	
Arbeitsbeziehungen	599
I. Koalitionsrecht und Recht auf Kollektivverhandlungen	599

II. Rechtssetzungskompetenz	603
III. Vorarbeiten zu einem Rechtsrahmen für transnationale Kollektivverträge	606
IV. Durchführung von Richtlinien durch die Sozialpartner	608
V. Bindung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen an das Unionsrecht	609
1. Überblick	609
2. Bindung an Art. 157 AEUV	610
3. Bindung an die Grundfreiheiten	610
VI. Keine Anwendung des Kartellverbots	613
1. Kollektivverträge der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen	613
2. Kollektivverträge für Solo-Selbständige	614
C. Sozialer Dialog – Integration der Sozialpartner in die Sozialpolitik	616
I. Überblick	616
II. Anhörungs- und Beteiligungsrechte der europäischen Sozialpartner an der sozialpolitischen Rechtsetzung (Art. 154 AEUV)	617
1. Verfahren nach Art. 154 AEUV	617
2. Begriff der Sozialpartner	618
III. Vereinbarungen der Sozialpartner (Art. 155 AEUV)	622
1. Durchführung nach Verfahren und Gepflogenheiten der Sozialpartner und Mitgliedstaaten (Art. 155 Abs. 2 UAbs. 1 Alt. 1 AEUV)	623
2. Durchführung durch Beschluss des Rates (Art. 155 Abs. 2 UAbs. 1 Alt. 2 AEUV)	623
a) Anforderungen an den Inhalt der Vereinbarung	623
b) Verfahren	624
c) Rolle der Kommission	625
D. Arbeitskampfrecht	626
I. Recht auf kollektive Maßnahmen	626
II. Rechtssetzungskompetenz	629
III. Bindung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen an das Unionsrecht	629
E. Beteiligung der Arbeitnehmer an betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungen	637
I. Überblick	637
1. Zur historischen Entwicklung	637
2. Europäische Betriebsvereinbarung	640
II. Information und Konsultation der Arbeitnehmer bei bestimmten Entscheidungen	642
1. Information und Konsultation bei Massenentlassungen	642
a) Information und Konsultation der Arbeitnehmervertreter	642
b) Information und Konsultation bei Entscheidungen beherrschender Unternehmen	645
c) Zeitpunkt der Information und Konsultation der Arbeitnehmervertreter	646

d) Durchführung des Konsultationsverfahrens	649
e) Mindestvorschriften, praktische Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit	649
2. Information und Konsultation der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebsteilen	650
a) Folgen für beim Übergang bestehende Arbeitnehmersvertretungen	651
b) Information und Konsultation	652
3. Information und Konsultation der Arbeitnehmer bei Fragen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer	655
4. Information und Konsultation der Arbeitnehmervertreter bei Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen	656
5. Information und Konsultation der Arbeitnehmer bei Angeboten zur Übernahme einer Gesellschaft	657
6. Information und Konsultation der Arbeitnehmervertreter bei der Restrukturierung und Insolvenz des Arbeitgebers	658
7. Information und Konsultation der Arbeitnehmervertreter und Arbeitnehmer bei der Plattformarbeit	659
III. Festlegung eines allgemeinen Rahmens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer	661
1. Historische Entwicklung und Zweck der Richtlinie	661
2. Anwendungsbereich der Richtlinie	662
3. Modalitäten und Gegenstände der Unterrichtung und Anhörung ..	665
4. Durchsetzung der Beteiligungsrechte und Schutz der Arbeitnehmervertreter	668
5. Verhältnis der Richtlinie zu anderen Bestimmungen und Umsetzung	670
F. Beteiligung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen (Europäischer Betriebsrat)	671
I. Zur historischen Entwicklung	671
II. Anwendungsbereich der Richtlinie	675
1. Gemeinschaftsweit operierende Unternehmen und Unternehmensgruppen	675
2. Vereinbarungen vor Inkrafttreten der EBR-Richtlinie	677
III. Auskunft über das Vorliegen der Beteiligungsvoraussetzungen	678
1. Zur Entwicklung des Auskunftsanspruchs	678
2. Auskunftsverpflichteter	679
3. Umfang der Auskunftspflicht	679
IV. Vorrang der Beteiligungsvereinbarung	681
V. Europäischer Betriebsrat kraft Gesetzes	684
1. Einrichtung	684
2. Zuständigkeit	685
3. Unterrichtung, Anhörung oder Beratung	685
VI. Arbeitsweise des Europäischen Betriebsrats	687
1. Grundsatz kooperativen Verhaltens	687
2. Umgang mit vertraulichen Informationen	687
3. Rolle und Schutz der Arbeitnehmervertreter	688
4. Rolle der Gewerkschaften	689

VII. Sanktionen	690
VIII. Verhältnis zu anderen Richtlinien	692
IX. Umsetzung der EBR-Richtlinien und bisherige Erfahrungen mit dem Europäischen Betriebsrat	692
G. Beteiligung der Arbeitnehmer in den Gesellschaftsorganen	697
I. Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Aktiengesellschaft (Societas Europaea, SE)	697
1. Historische Entwicklung der SE	697
2. Regelungssystematik und gesellschaftsrechtliche Grundzüge	701
3. Prinzipien der SE-RL zur Beteiligung der Arbeitnehmer in der SE	704
4. Vorrangiges Verhandlungsverfahren zur Festlegung der Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer	707
5. Grenzen der Regelungsautonomie	710
6. Subsidiäre gesetzliche Regelung der Beteiligung der Arbeitnehmer	712
7. Verhältnis der SE-RL zu anderen Bestimmungen	715
8. Arbeitsweise des Vertretungsorgans der Arbeitnehmer	716
9. Mitgliedstaatliche Umsetzung der SE-RL	716
10. Erfahrungen in der Anwendung der SE-VO und der SE-RL	717
11. Impulse der SE für die Entwicklung des nationalen Mitbestimmungsrechts	720
II. Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Genossenschaft (Societas Cooperativa Europaea, SCE)	721
1. Gesellschaftsrechtliche Besonderheiten	722
2. Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer	723
3. Zur Umsetzung der SCE-RL und Praxiserfahrung	724
III. Auswirkungen der grenzüberschreitenden Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen auf die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer	726
1. Zur historischen Entwicklung	726
2. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	730
3. Folgen der grenzüberschreitenden Umwandlung, Verschmelzung und Spaltung für die Arbeitnehmermitbestimmung	732
4. Umsetzung der unionsrechtlichen Vorgaben	735
IV. Auswirkungen der Sitzverlegung in einen anderen Mitgliedsstaat auf die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer	736
1. Rechtssetzung zur Sitzverlegung	736
2. Sitzverlegung in der Rechtsprechung des EuGH	739
a) Bestimmung des Gesellschaftsstatuts: Sitz- und Gründungstheorie	739
b) Ausgangspunkt der Entwicklung – Rs. Daily Mail	741
c) Zuzugsrecht der Gesellschaft – Rs. Centros, Überseering, Inspire Art	741
d) Wegzugsrecht der Gesellschaft – Rs. Cartesio, VALE und Polbud	743
V. Arbeitnehmerbeteiligung in weiteren geplanten europäischen Gesellschaftsformen	746

Sechstes Kapitel. Europäisches Arbeitskollisionsrecht	751
A. VO (EU) Nr. 1215/2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen	754
I. Grundlegendes	754
II. Bestimmung des Gerichtsstandes in Arbeitsrechtssachen nach der EuGVVO	758
1. Klagen gegen den Arbeitgeber	760
2. Klagen gegen den Arbeitnehmer	764
3. Gerichtsstandsvereinbarungen und rügelose Einlassung	764
B. VO (EG) Nr. 593/2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I-VO)	765
I. Allgemeines zur Rom I-VO	765
II. Arbeitsrechtliche Besonderheiten der Rom I-VO	767
III. International zwingende Vorschriften (Eingriffsnormen)	774
IV. Ordre public	776
C. RL 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (Entsenderichtlinie)	777
I. Einleitung	777
II. Anwendungsbereich der Entsenderichtlinie	781
1. Persönlicher Anwendungsbereich	781
2. Sachlicher Anwendungsbereich	784
3. Materiellrechtlicher Inhalt der Entsenderichtlinie	786
a) Zu garantierende Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen ...	786
b) Dienstleistungsfreiheit als Grenze der Anwendbarkeit der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates	793
c) Dienstleistungsfreiheit als Grenze der Anwendbarkeit der Rechtsvorschriften des Entsendestaates	798
4. Ausnahmen	799
5. Überwachung, Kontrolle, Durchsetzung und Strafmaßnahmen	801
6. Informationseinrichtungen, zusätzlicher Gerichtsstand	804
D. Multilaterale Verträge	805
Europäisches Arbeitsrecht – Rechtsakte	809
EuGH Entscheidungsregister	821
Stichwortverzeichnis	843